

FDP - Fraktion  
Im Rat der Stadt Schwelm

FDP-Fraktion, Köttchen 17, 58332 Schwelm

Bürgermeister  
Jochen Stobbe

Hauptstr. 14  
58332 Schwelm



Schwelm, 11.6.2013

## **ANTRAG DER FDP ZUR OGS KATHOLISCHE GRUNDSCHULE**

Sehr geehrter Herr Stobbe,

Die FDP - Fraktion befürwortet nachdrücklich die qualitative und quantitative Ausweitung der personellen, sachlichen und räumlichen Ausstattung an den fünf Grundschulen der Stadt Schwelm. Die FDP – Fraktion unterstützt auch die Einrichtung einer weiteren OGS-Gruppe an der katholischen Grundschule.

Die FDP-Fraktion sieht aber keine Möglichkeit für weitere Steuererhöhungen, daher ist eine Gegenfinanzierung für den nicht gedeckten Teil von 84.000 Euro ab 2014 darzustellen. Dies soll in drei Schritten erfolgen: Erst Kosten möglichst senken, dann Einsparungen darstellen und zuletzt in dem notwendigen Umfang Elternbeiträge anheben. Zur Beratung und Beschlussfassung im Rat werden daher folgende Anträge gestellt:

- 1. Die Verwaltung beauftragt, weiter nach alternativen kostengünstigeren Lösungen zu lösen, unter anderem auch in der ehemaligen Pestalozzischule.**

Begründung: Der Investor hat die Entwicklung der Flächen an der Brauerei und Zassenhausgelände von nicht erfüllbaren Planänderungen abhängig gemacht. Es ist derzeit nicht erkennbar, wie die Konzepte umgesetzt werden sollen, dies gilt auch für das Gelände der ehemaligen Pestalozzischule. Dabei könnte auch nochmals mit dem Investor über den städtebaulichen Vertrag verhandelt werden. Der Bürgerantrag würde sich bei einer solchen alternativen Lösung erledigen.

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dauer des Mietvertrages auf zwei Jahre zu begrenzen.**

Begründung: Durch kurzfristig möglicherweise freiwerdende Gebäude ergeben sich Möglichkeiten der Raumnutzung, die eine weitere Anmietung überflüssig machen. Daher ist es aus der Sicht der FDP geboten, den Mietvertrag auf maximal zwei Jahre zu begrenzen. Die Kosten des Mietvertrages sollen durch das Rechnungsprüfungsamt auf Wirtschaftlichkeit untersucht werden.

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Produktbereichen Schule und Jugendhilfe Einsparungen von mindestens 30.000 € zur Gegenfinanzierung darzustellen und einen entsprechenden Beschlussvorschlag dem Rat vorzulegen.**

Begründung: Insbesondere durch die absehbare demografische Entwicklung (eine Grundschule muss nach dem Schulentwicklungsplan geschlossen werden), können auch die städtischen Jugendhilfeeinrichtungen entsprechend gekürzt und angepasst werden. Dabei sind die Einsparungen im Haushaltssanierungsplan bis 2019 darzustellen.

- 4. Die Gegenfinanzierung, soweit sie nicht durch Maßnahmen der Ziffern 1 bis 3 realisiert werden, sollen durch Erhöhung der Elternbeiträge ausgeglichen werden.**

Begründung: Da andernfalls nur Steuern erhöht werden müssten, erscheint es für die FDP gerechter, dass die entsprechenden Nutzer mit einer leichten Erhöhung an den Kosten beteiligen. Der Umfang ist dabei unter Berücksichtigung der Kostensenkungen und Einsparungen möglichst gering zu halten und wird nur hilfsweise für den Fall vorgesehen, dass nicht Einsparungen zur Gegenfinanzierung in dem entsprechenden Umfang dargestellt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schwunk  
Fraktionsvorsitzender